

171/AE

der Abg. DI. Schögl, DI Hofmann, Dr. Grollitsch, DI Prinzhorn

betreffend Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperation (BIT)

Die Globalisierung der Wirtschaft, verschärfte Wettbewerbsbedingungen und neue Technologien stellen für die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe teilweise ein großes Problem dar. Hinzu kommt, daß der Zugang zu neuen Technologien immer schwieriger wird, da vielfach Informationen, spezifische Qualitätsanforderungen fehlen oder nur eine geringe internationale Erfahrung vorhanden ist.

Andererseits bietet die EU Forschungs- und Technologieprogramme (F & T-Programme) - z. B. Rahmenprogramme - an, die jeweils eine vier- bis fünfjährige Laufzeit besitzen. Hauptziel der EU-Rahmenprogramme ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gegenüber den amerikanischen und fernöstlichen Herausforderungen. In der Regel werden Projektkosten für Unternehmen in der Höhe von 50 Prozent gefördert, während Projektkosten bei Universitätsinstituten und anderen Einrichtungen zu 100 Prozent gefördert werden.

Das BIT als zentrale Anlaufstelle für österreichische Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die an österreichischen Forschungsk Kooperationen teilnehmen wollen, unterstützt Unternehmen und Forscher mit Information, Motivation, Beratung und Betreuung.

Das BIT begleitet die österreichischen Teilnehmer von der Programmentwicklung zur Projektidee, über die Partnersuche bis zur Wahl der finanziellen Förderung. Dieser Anlaufstelle für EU-Fördermittel, so ist Zeitungsmeldungen zu entnehmen, droht eine Lahmlegung, weil das BIT-Budget um ca. vier Millionen Schilling gekürzt werden soll.

Dies ist um so unverständlicher, da das BIT als Schnittstelle EU-Fördermittel in vielfacher Millionenhöhe vermittelt hat und auch in Anfragebeantwortungen (1954 XIX GP. NR) und in den Medienberichten positiv erwähnt wurde.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten - in Zusammenarbeit mit wirtschaftlichen Interessensgruppen - wird ersucht, wenn möglich Rahmenbedingungen für die Finanzierung des Büros für Internationale Forschungs- und Technologiekooperation (BIT) zu schaffen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wirtschaftsausschuß vorgeschlagen.